

# Land macht Vorschlag für Salz-Einleitung

Kali: Behörde setzt Landkreis  
aber keine Frist

**Giesen.** Wie viel Salzabwasser darf der Düngemittel-Konzern Kali + Salz (K+S) in die Innersenke ableiten, wenn er sein Bergwerk bei Giesen wiedereröffnet? Dies soll eine „wasserrechtliche Erlaubnis“ des Landkreises und des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) regeln. Wie berichtet hat der Kreistag die Entscheidung an sich gezogen.

Das LBEG hat dem Landkreis jetzt einen Vorschlag für die Formulierung der „wasserrechtlichen Erlaubnis“ übermittelt, an dem nach Angaben der Bergbehörde auch die Kreisverwaltung mitgewirkt hat – namentlich deren Untere Wasserbehörde. Das LBEG bittet den Landkreis um Zustimmung. „Er kann natürlich auch ablehnen oder Änderungsvorschläge machen“, stellte LBEG-Sprecherin Heinke Traeger gestern klar. Und betonte auf Nachfrage, das LBEG habe dem Landkreis keine Frist für Zustimmung, Ablehnung oder Ergänzung gesetzt. „Das ist rein rechtlich ohnehin nicht vorgesehen, und wir haben schon aufgrund der besonderen Situation im Landkreis Hildesheim darauf verzichtet, ein Datum für eine Antwort zu nennen“, so Traeger.

Da dürften sich SPD und CDU im Kreistag bestätigt fühlen. Deren Fraktionschefs Klaus Bruer und Friedhelm Prior hatten wie berichtet bestritten, dass das Land dem Kreis eine Frist für das Einvernehmen setzen kann. Zuvor war ein interner Bericht des Wirtschaftsministeriums publik geworden, in dem unter anderem moniert wurde, der Kreis habe eine solche Frist deutlich überschritten.

SPD und CDU hätten sich ohnehin kaum hetzen lassen. Sie wollen eine „gerichtsfeste“ Stellungnahme beschließen und sich die Zeit zur dafür nötigen Recherche nehmen. *abu*